

Markus Kurth

(A) (Zurufe des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

– Die machen Sie auch nicht durch Ihr Geschrei weg.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

– Seien Sie doch einmal still, und hören Sie zu! Der liebe Gott hat Ihnen zwei Ohren und einen Mund gegeben: also zweimal Zuhören und nur einmal Rufen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir nun die Umstellung hin zu Energieeinsparungen dort beschleunigen müssen, wo die Not am größten ist, und diesen Umstellungsprozess deshalb in den Bereichen abfedern müssen, die davon am stärksten betroffen sind. Hier denke ich insbesondere an soziale Brennpunkte, an bestimmte Wohnviertel und -formen, wo der Heizenergieverbrauch nicht zu den günstigsten zählt. Wir müssen aber auch bestimmten Personengruppen dabei helfen, sich energiesparendere Elektrogeräte zu kaufen.

Vor diesem Hintergrund bin ich schon sehr enttäuscht über das **Klimapaket der Bundesregierung**. Warum haben Sie kein Programm zur energetischen Sanierung von Wohnungen in sozialen Brennpunkten aufgelegt? Warum haben Sie nicht – das war ja angedacht – ein Mietminderungsrecht für Mieter eingeführt, die in Wohnungen leben, die energetisch unzulänglich ausgestattet sind? Das wäre eine wichtige Anreizmöglichkeit gewesen. Warum machen Sie keine verpflichtenden Vorgaben für die Sanierung von Wohnungen im Altbaubestand?

(B)

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Und wer bezahlt das?)

Wir wissen doch, dass dort verstärkt sozial Schwächere wohnen.

Was machen Sie im Bereich Mobilität, insbesondere im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs? In Dortmund, einer Stadt, in der die Grünen mitregieren, gibt es das bundesweit günstigste Sozialticket, und nicht in einer Stadt, in der die Linken mitregieren. Für den Betrag von 15 Euro, der im Regelsatz vorgesehen ist, kann man in Dortmund den öffentlichen Nahverkehr benutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Berlin ist auch etwas größer als Dortmund!)

Es ist zwar völlig richtig, dass wir uns nicht nur auf **Arbeitslosengeld-II-Bezieher** konzentrieren sollten – von den Problemen der Energiepreissteigerung sind wesentlich breitere Schichten betroffen –, aber natürlich muss deren Regelsatz erhöht werden. Der Anteil für Haushaltsenergie jenseits der Heizkosten im Regelsatz beträgt nämlich nur knapp 22 Euro für einen Alleinstehenden. Ein Alleinstehender kann sich damit gerade einmal 1 000 Kilowattstunden Strom kaufen. Das reicht nicht aus. Hier muss zusätzlich nachgesteuert werden.

Ich glaube, wir werden hier noch eine Reihe interessanter Diskussionen führen, ob das Ganze wirklich ohne

Weiteres mit den Instrumenten des Marktes geregelt werden kann. So werden wir, wie ich denke, selbstverständlich auch über die Frage der Grundkontingentierung diskutieren. Wir werden uns auch der Frage nähern müssen – das prognostiziere ich; denn die Armut der einen ist der Überfluss der anderen –, wie wir Vielverbraucher sanktionieren, damit diese ihren Energieverbrauch senken. (C)

Abschließend möchte ich in die Diskussion werfen, dass zum Beispiel in Norwegen aus ökologischen Gründen eine Zusatzsteuer für Besitzer eines Porsche Cayenne erhoben wird. Dort kostet dieses Fahrzeug dadurch 52 000 Euro mehr. An diesem Hinweis sehen Sie, was im europäischen Ausland los ist. Wir sollten das einmal einbeziehen, um unsere Debatten hier zu bereichern.

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Und damit die deutsche Automobilindustrie kaputtmachen! – Franz Obermeier [CDU/CSU]: Die Grünen fahren ohnehin Toyota!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Das Wort hat nun der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute nicht zum ersten Mal das Thema „steigende Energiepreise“. Ich bin mir sicher, wir werden das heute auch nicht zum letzten Mal tun. Die Menschen erwarten eine Antwort der Politik, aber eine durchdachte. Sie erwarten keine Schnellschüsse oder gar Beschlüsse, die das Gegenteil von dem bewirken, was man sich unter einer guten Antwort vorstellt. (D)

Wenn die Menschen heute die Debatte verfolgt haben, werden sie an einer Stelle enttäuscht sein. Sie werden als Hauptantwort der bisherigen Redner von FDP und CDU/CSU gehört haben: Atomenergie. Das hätten Sie auch ohne steigende Energiepreise eingeworfen. Auch die Rede von der Linkspartei, Herr Kollege Lafontaine, war zu 80 Prozent die Standardrede, mit ein, zwei Dingen garniert.

Herr Fuchs, vielleicht wenigstens eine inhaltliche Entgegnung auf Ihren Beitrag: Wenn Sie die französischen Strompreise nennen, dann sollten Sie auch erwähnen, dass die französische Regierung davon spricht, dass über 100 Milliarden Euro Rückbaukosten noch nicht etatisiert sind. Das wird der Steuerzahler zahlen. Auch das Versicherungsrisiko zahlt der Steuerzahler in **Frankreich**, ebenso die zig Milliarden, einen zweistelligen Milliardenbetrag, für das Endlager. Es ist also alles subventioniert. Sie unterstützen heute eine Art Sozialtarif, den Sie sonst ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Kelber

- (A) Es gibt eine einzige Antwort auf steigende Energiepreise: weniger verbrauchen und auf die preisstabilen erneuerbaren Energien umstellen. Das sagen Ihnen alle Experten, die das Thema ohne eigene Lobbyinteressen verfolgen.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Bei den erneuerbaren Energien gibt es keine Lobbyinteressen?)

Da ist ein Punkt aber ganz wichtig: Die Energiepreise alleine, also der Markt, reichen nicht aus, den nötigen Impuls zu setzen. Es gibt viele Menschen in diesem Land, deren Einkommen nicht reicht, selber die Investitionen zu tätigen, die nötig sind, um weniger Energie zu verbrauchen. Das sind nicht nur Menschen, die arbeitslos sind, sondern das geht bis weit in die Mittelschicht hinein. Aus diesem Grund sind die **Förderprogramme** so wichtig. Deswegen ist es unglaublich, dass die FDP hier sagt, die Förderprogramme der Bundesregierung seien falsch und sie wolle sie nicht haben. Nein, diese Förderprogramme müssen ausgebaut werden, um den Menschen zu helfen, weniger Energie zu verbrauchen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kopp?

**Ulrich Kelber (SPD):**

- (B) Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kopp, bitte.

**Gudrun Kopp (FDP):**

Vielen Dank. – Herr Kollege Kelber, Lobbyisten gibt es in allen Bereichen, ob bei der konventionellen Kraftwerksindustrie oder bei den erneuerbaren Energien. Da fallen mir viele ein, die reine Lobbyinteressen verfolgen. Das nur vorweg.

Wollen Sie hier im Parlament wirklich sagen, dass der gesamte Strombedarf in Deutschland, insbesondere der Grundlaststrombedarf, allein durch erneuerbare Energien zu decken ist, und das vor dem Hintergrund, dass fast 100 Prozent des Grundlaststroms derzeit von Kernkraftwerken und von Kohlekraftwerken produziert werden?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Ich gebe Ihnen eine zweigeteilte Antwort. Zu Ihrer ersten Bemerkung: Ich bin vor über 20 Jahren aus der Umweltbewegung in die Politik gegangen, und ich bin stolz darauf, seit 25 Jahren Lobbyist für die erneuerbaren Energien zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin halt unbezahlter Lobbyist; das unterscheidet mich von dem einen oder anderen.

Zweiter Teil meiner Antwort: Ich schicke Ihnen gerne morgen – früher geht es leider nicht mehr – die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zu, die deutlich macht, dass wir bis 2050 bereits 80 Prozent der Stromversorgung aus **erneuerbaren Energien** tätigen können und wenige Jahre später die vollständige Stromversorgung.

(Gudrun Kopp [FDP]: Und zu welchen Kosten?)

– Die Kosten werden in der Studie genannt. Sie werden überrascht sein. Tun Sie mir den Gefallen: Lesen Sie sie, zumindest die Zusammenfassung von drei Seiten bitte!

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gudrun Kopp [FDP]: Gleichfalls!)

Unsere Hauptaufgabe ist, den Menschen zu helfen, die es nicht selber leisten können, weniger Energie zu verbrauchen und umzustellen.

(Uwe Barth [FDP]: Deshalb erhöhen Sie die Steuern!)

Dann müssen wir aber auch darüber sprechen, dass wir bei schnell steigenden Energiepreisen soziale Härten abfedern müssen. Wir sind eigentlich seit zehn Jahren auf dem richtigen Weg. Kein anderes Land ist so gut vorbereitet auf den Prozess, weniger Energie zu verbrauchen und mehr erneuerbare Energien einzuführen. Aber die Geschwindigkeit, mit der jetzt die Energiepreise steigen, überfordert immer mehr Menschen. Deswegen müssen wir unsere Anstrengungen beschleunigen.

Ich finde es unredlich, Kollege Lafontaine, wenn Sie eine Lösung wie die Erhöhung des Wohngelds, die 800 000 Haushalten helfen wird, als einen Minimalvorschlag abtun. Diesen 800 000 Haushalten wird im nächsten Jahr an einer bedeutenden Stelle geholfen. Deshalb war dieser Schritt wichtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich gehe kurz auf die beiden Anträge der Oppositionsparteien Linkspartei und FDP ein. Der **Antrag der Linkspartei** ist typisch. Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Macht doch irgendetwas! – Nein, es muss das Richtige getan werden. Es ist eben nicht, wie bei anderen Themen, damit getan, dass die SPD über ein Thema diskutiert, die Linkspartei ein paar der Schlagworte aufnimmt und schnell einen Antrag mit namentlicher Abstimmung stellt. Sie waren einmal im Vorstand eines Stadtwerks. Den Vorschlag eines Sozialtarifs, den Sie machen, lehnen die Stadtwerke und die Verbraucherverbände aus einem einfachen Grund ab: Sie sagen, das würde die Stadtwerke schädigen und die großen Energiekonzerne würden die lukrativen Kunden abwerben.

Deswegen haben wir einen anderen Vorschlag, und zwar einen, der wettbewerbsneutral ist und die Standorte fördert. Das unterscheidet das Durchdenken von einem schnellen Zur-Abstimmung-Stellen eines Antrags.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber**

- (A) Zur **FDP**. Die FDP legt einen Antrag vor, mit dem sie verspricht, dass der Staat Milliarden an die Bürger zurückgibt, damit sie die Energiepreise länger zahlen können. Einiges Gute dazu hat Frau Kollegin Höhn gesagt. Sie geben natürlich keine Antwort darauf, woher der Staat die Milliarden nehmen soll. Aber viel schlimmer ist, dass durch den Antrag etwas ganz anderes erreicht würde: Es fließen nämlich nicht Milliarden vom Staat an die Bürger, sondern es würden Milliarden aus den Taschen der Bürger in die Taschen der großen Energiekonzerne fließen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen das an zwei **Beispielen** deutlich machen. Alle Experten sagen, dass angesichts des Monopols in der Energieversorgung ein großer Teil des durch die Senkung der Energiesteuern eingesparten Geldes für höhere Gewinnmargen verwendet werden würde. Die Importpreise würden erhöht, und die Preise der vier großen Stromkonzerne, die einen Anteil von 90 Prozent an der Stromerzeugung haben, würden ebenfalls erhöht.

Wenn Sie von der Senkung der sogenannten Ökosteuer sprechen – das ist der Teil der Stromsteuer, der damals erhöht wurde –, dann müssen Sie den Menschen auch sagen, dass dieser Teil vollständig als Zuschuss für die Rentenversicherung verwendet wird. Das heißt, nach dem FDP-Vorschlag würde dieser Zuschuss gekürzt werden.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Quatsch!)

- (B) Das hat zur Folge: niedrigere Nettolöhne aufgrund höherer Beiträge und niedrigere Renten. Sie haben heute also den Antrag vorgelegt, die Renten in Deutschland zu senken und die Rentenbeiträge zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Inhalt des Antrags der FDP, der heute auf dem Tisch liegt.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Kollege Kelber, es gibt nun die Bitte des Kollegen Dr. Kolb um eine Zwischenfrage.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Ja, bitte.

**Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):**

Herr Kollege Kelber, wären Sie erstens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Ökosteuer eine Steuer und keine Abgabe ist und deswegen nicht zweckgebunden im Bundeshaushalt verwendet werden kann?

Wären Sie zweitens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die bei der Verabschiedung der Ökosteuer erweckten Erwartungen, dass es zu einer deutlichen Absenkung des Rentenbeitrags kommt, nie erfüllt haben und dass sich zu keinem Zeitpunkt eine Entwicklung in die gewünschte Richtung ergeben hat? Eigentlich müssten wir heute bei einem Rentenbeitrag von deutlich unter 19 Prozent liegen, wenn es mit der Ökosteuer so funktio-

niert hätte, wie es damals in der Begründung beschrieben wurde. (C)

Wären Sie drittens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in den letzten fünf Jahren der Bundeshaushalt vom Aufschwung mit Steuermehreinnahmen in Höhe von 110 Milliarden Euro profitiert hat und dass deswegen genügend Geld vorhanden ist? Die Frage ist nur, wofür man dieses Geld ausgibt.

Sind Sie viertens nicht auch der Meinung, dass man zumindest den Rentnerhaushalten, die aufgrund Ihrer Politik – Sie stehen jetzt zehn Jahre in der Regierungsverantwortung – wiederholt reale Kaufkraftverluste zu erleiden hatten, helfen müsste, indem man ihnen bei den Energiekosten eine gezielte Entlastung zuteil werden lässt? Sind Sie mit Ihrer Politik nicht vollkommen falsch aufgestellt, und müssten Sie jetzt nicht anfangen, einen Kurswechsel einzuleiten, indem Sie den FDP-Anträgen zustimmen?

(Beifall bei der FDP)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Lassen Sie mich einmal raten: Sie sind Jurist, oder?

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Nein! Ich bin Wirtschaftswissenschaftler!)

Diesen Eindruck erwecken Sie nämlich mit Ihrer formalen Argumentation, es sei keine Abgabe, sondern eine Steuer. Wenn Sie eine bestimmte Summe bei einer Steuer einnehmen und genau diese Summe als Zuschuss an die Rentenversicherung geben, dann haben Sie politisch die Zweckbindung dieser Steuer erreicht. (D)

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist vollkommener Quatsch!)

Sie können das im Haushalt schwarz auf weiß nachlesen.

Wenn Sie den Zuschuss senken wollen, dann wollen Sie die Rente senken. Ansonsten müssten Sie darlegen, aus welchem Topf Sie die Differenz bezahlen wollen. Aber bisher sprechen Sie nur von einer Senkung des Zuschusses, das heißt also weniger Rente und höhere Beiträge. Sie können nicht drum herumreden: Sie wollen die Renten senken und die Rentenversicherungsbeiträge erhöhen. Das muss festgehalten werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe davon gesprochen, dass die meisten Experten sagen, eine Senkung würde nichts bringen, weil diese sofort zu Preissteigerungen durch die Energieversorger führen würde. Nehmen wir aber einmal an, die FDP hätte recht,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wir haben recht!)

dass Steuersenkungen dazu führen, dass Benzin, Gas und Strom billiger werden. Dann wäre es aber für Deutschland gut gewesen, wenn es die FDP in der Regierung nie gegeben hätte. Dann würde nämlich der Liter Benzin in diesem Land 80 Cent kosten.

Ulrich Kelber

- (A) Ich habe mir einmal eine Liste mit **Mineralölsteuererhöhungen** in Deutschland ausdrucken lassen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist ja interessant!)

Diese Steuer wurde 1950 mit Zustimmung der FDP eingeführt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

1951, 1953, 1955, 1960, 1964 haben Sie sie erhöht. 1967 waren Sie an der Erhöhung nicht beteiligt, weil sie zu dieser Zeit nicht an der Regierung waren. 1972, 1973, 1981, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, zweimal 1991, 1993 und 1994 haben Sie die Mineralölsteuer erhöht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Oh!)

80 Prozent der heutigen Mineralölsteuer gehen zurück auf Erhöhungen, die mit FDP-Stimmen beschlossen wurden. Das muss man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer wenn Sie an der Regierung sind, erhöhen Sie die Steuern, und wenn Sie in der Opposition sind, dann versuchen Sie das Etikett „Steuersenkungspartei“ zu bekommen. Das ist ein widersprüchliches Verhalten, und es ist für jeden durchschaubar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Rainer Wend [SPD]: Das saß!)

(B)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Franz Obermeier für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Franz Obermeier (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der objektive Betrachter dieser Bundestagsdebatten

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt er wieder mit der Atomkraft!)

wird sich heute verwundert die Augen reiben. Meist debattieren wir in diesem Hohen Hause neue Regelungen und Gesetze, die zur Folge haben, dass die Energiepreise steigen. Heute beschwerten sich zwei Fraktionen über die Frage, warum die Energiepreise so hoch sind. Es ist von Sozialtarifen die Rede.

Im Antrag der Kommunisten dieses Hauses heißt es,

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Sie brauchen einen neuen Friseur!)

dass die Geringverdiener entlastet werden sollen. Beim Lesen dieses Antrags habe ich mir die Frage gestellt: Wer ist denn da gemeint? Die Leute, die Grundsicherung erhalten, und die Leute, die Arbeitslosengeld II erhalten, werden wohl nicht gemeint sein. Denn in beiden Fällen – sowohl bei der Grundsicherung als auch beim

Arbeitslosengeld II – sind die **Heizkosten** im Rahmen der Mietabrechnung hinzuzurechnen und werden von der öffentlichen Hand erstattet. Ähnliches gilt für die neue Wohngeldregelung: Diejenigen, die aus der Grundsicherung herausfallen und kein Arbeitslosengeld II bekommen, können die Heizkosten in Anrechnung bringen. Diese können Sie also auch nicht meinen.

Wen meinen Sie denn dann? Sie meinen wahrscheinlich diejenigen, die relativ gut verdienen, eine große Familie haben und eine große Wohnung haben müssen. Diejenigen, die eine größere Familie haben, werden bei uns weitgehend über das **Steuerrecht** entlastet. Wenn es nach der CSU geht, dann wird im neuen Steuerrecht der Freibetrag pro Person einer Familie auf 8 000 Euro erhöht. Das würde bedeuten, dass bis zu 32 000 Euro des Einkommens einer vierköpfigen Familie steuerfrei bleiben. Das ist Sozialpolitik, und dem gehen wir nach.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Davon verstehen die Kommunisten aber nichts!)

Lassen Sie mich bitte ein paar Dinge richtigstellen, damit wieder einigermaßen Sachlichkeit in die Debatte einkehrt. Es wurde vorhin behauptet, dass sich der **Strompreis** an der Börse in Leipzig bildet. Das stimmt aber nur zum Teil. Wir alle wissen, dass in Leipzig nur ein geringer Teil des Strompreises ermittelt wird. Der Preis für den weitaus größeren Teil des Stroms, der in Deutschland gehandelt wird, wird auf dem Markt frei vereinbart. Es ist es sehr wohl von größter Bedeutung, wie im Stromhandel die gesamten Kosten ermittelt werden.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit sagen, dass wir in den zurückliegenden Monaten erlebt haben, dass die Bundesnetzagentur zum ersten Mal erreicht hat, dass die Übertragungskosten für Strom reduziert wurden – wenn auch gering, aber immerhin. Wir sollten diese Dinge nicht verschweigen.

Vorhin wurde die Frage gestellt: Was ist denn zu tun, um die **Energiekosten** insgesamt wieder in einen Rahmen zu bringen, der für unsere Bürgerinnen und Bürger erträglicher ist? Ich möchte daran erinnern, dass diese Bundesregierung die Problematik des Energieeinsatzes sehr grundsätzlich und fundamental angeht. Wir haben das Marktanreizprogramm und das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm aufgelegt, was natürlich zu erheblichen Einsparungen führt. Die Entkoppelung von wirtschaftlichem Wachstum und Energieverbrauch ist schon vor zehn Jahren gelungen. Das sind Fortschritte auf diesem Sektor.

Ich sage das deswegen, weil sich der Energiepreis natürlich über Angebot und Nachfrage entwickelt. Wir brauchen von der linken Seite dieses Hauses überhaupt keine Nachhilfe, wenn es darum geht, wie sich die soziale Marktwirtschaft auf dem Energiesektor definiert. Ich habe mir von den Grünen über Jahre sagen lassen müssen, dass wir in Deutschland eine besonders schlechte Stromwirtschaft deswegen haben, weil wir im Strombereich extreme Überkapazitäten haben.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir ja auch! Immer noch!)

(C)

(D)